

Stand: 11.07.2025 05:21:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/9894

"Afrikanische Schweinepest in Deutschland - Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/9894 vom 23.09.2020
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/11182 des LA vom 11.11.2020
3. Beschluss des Plenums 18/11990 vom 09.12.2020
4. Plenarprotokoll Nr. 65 vom 09.12.2020



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn SPD**

Afrikanische Schweinepest in Deutschland – Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Hilfsprogramm für die bayerischen Schweinehalter zu entwickeln, um bei einem andauernden Preisverfall die Existenzsicherung unserer Betriebe sicherzustellen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, zu prüfen, in wie weit die Aufwandsentschädigung für das Erlegen von Wildschweinen von aktuell 20 Euro auf 100 Euro je Tier analog den Sätzen in den Nachbarländern zu Thüringen, Sachsen und Tschechien bayernweit angehoben werden kann.

Weiterhin wird die Staatsregierung gebeten, sich auf Bundesebene für die Möglichkeit von Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten stark zu machen, um so die Absatzwege wieder zu erschließen.

Die Staatsregierung wird ferner gebeten, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Auswirkungen des Auftretens der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Deutschland auf den heimischen Markt zu berichten.

Begründung:

Durch das Auffinden eines stark verwesten und mit ASP infizierten Wildschweinkadavers im Spree-Neisse Kreis in Brandenburg, unweit der polnischen Grenze, hat die Bundesrepublik die Schweinepestfreiheit verloren.

Infolge dessen sind bestimmte Exportwege entfallen, so dass der Schweinepreis um 20 Cent auf nur noch 1,27 Euro je Kilogramm gefallen ist. Ähnlich dramatisch stellt sich die Lage bei den Ferkeln dar, deren Preis sich um 12 Euro auf nunmehr nur noch 27 Euro reduziert hat.

Viele Betriebe können diese Preisabschläge auf Dauer nicht mehr verkraften und werden in ihrer Existenz gefährdet. Aus diesem Grund ist ein Existenzsicherungsprogramm notwendig und bei Bedarf unbürokratisch anzubieten.

Ein wichtiger Baustein zur Eingrenzung und Eliminierung der Seuche ist die Regulierung der Wildschweinbestände, hier ist eine Anhebung der Aufwandsentschädigung analog des Vorgehens in den Nachbarländern Thüringens, Sachsen und Tschechiens zu prüfen.

Um Exportwege wieder zu erschließen und somit eine Entlastung des Marktes zu erreichen, erscheint es geboten, Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten zu vereinbaren. Ziel ist es, innerhalb Deutschlands spezifische Regionen zu definieren, die entsprechende Zertifikate ausstellen können, um die ASP-Freiheit gegenüber Drittstaaten zu garantieren.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn SPD
Drs. 18/9894

Afrikanische Schweinepest in Deutschland - Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Müller**
Mitberichterstatler: **Alexander Flierl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 24. Sitzung am 7. Oktober 2020 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 11. November 2020 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Dr. Leopold Herz
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn SPD

Drs. 18/9894, 18/11182

Afrikanische Schweinepest in Deutschland – Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ruth Müller

Abg. Alexander Flierl

Abg. Horst Arnold

Abg. Paul Knoblach

Abg. Martin Schöffel

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Ralf Stadler

Abg. Christoph Skutella

Staatsministerin Michaela Kaniber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 34** auf:

**Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn (SPD)
Afrikanische Schweinepest in Deutschland - Hilfsprogramm für bayerische
Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der
Aufwandsentschädigung für Wildschweine (Drs. 18/9894)**

Ich eröffne die Aussprache mit 32 Minuten Gesamtredzeit. Erste Rednerin ist Frau Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Als der liebe Gott die Zeit erschuf, hat er nichts von Eile gesagt. So ähnlich haben es sich wohl auch die CSU und die Freien Wähler im Bayerischen Landtag gedacht, als sie unseren Antrag auf Drucksache 18/9894 am 7. Oktober in der Sitzung des Landwirtschaftsausschusses abgelehnt haben, und zwar mit der Begründung, dass es zu früh sei. Es war zu früh, ein Hilfsprogramm für die bayerischen Schweineerzeuger und -erzeugerinnen aufzulegen. Es war zu früh, die Aufwandsentschädigung für das Erlegen von Wildschweinen anzuheben. Es war zu früh, ein Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten auf den Weg zu bringen, und es war zu früh, dem Landtag über die Probleme nach den Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest zu berichten. Wir haben das als SPD nicht gefordert, um bei den kommenden Wahlen bei den Schweinehaltern 100 % Zustimmung zu bekommen – obwohl es natürlich schön wäre –, sondern weil das Thema wichtig ist und durch den zunehmenden Stau in den Ställen auch der Tierschutz leidet.

Dann, am 18. November, feierte Michaela Kanibers Mochtegern-Staatssekretär Hubert Aiwanger per Facebook-Post die Erhöhung der Abschussprämie bei Schwarzwild. Ich erinnere: Zwei Wochen vorher war dies noch zu früh.

Am 30. November forderte dann die irgendwie auch zuständige Landwirtschaftsministerin im "Münchner Merkur", gerade kleineren Ferkelerzeugern müsse der Staat Rü-

ckendeckung geben, damit in der Krise keiner zum Aufgeben gezwungen werde. Sie forderte weiter als Ziel zum Thema Regionalisierung: Schweinefleisch aus Bundesländern, die noch keine Schweinepest verzeichnen, soll weiter in die wichtigen Abnehmerländer in Asien exportiert werden. Ich erinnere: Zwei Wochen vorher war dies noch zu früh.

Zwei Monate später, nachdem die Abgeordneten von CSU und Freien Wählern unseren Antrag abgelehnt hatten, tauchte am 1. Dezember auf einmal ein Dringlichkeitsantrag auf, in dem Unterstützung für die bayerischen Schweinehalter und Regionalisierungsabkommen gefordert werden. "Dreiste Blenderei im Landtag" titelte darauf das "Bayerische Landwirtschaftliche Wochenblatt", das nicht im Verdacht steht, SPD-nah zu sein. Denn anders als Sie es in Ihrem Dringlichkeitsantrag suggerieren, ist von Eile bei Ihnen immer noch nicht wirklich etwas zu verspüren; denn der Antrag, den Sie als dringlich eingereicht und auch in der Presse angekündigt haben, wird erst in der Landwirtschaftsausschusssitzung im Februar behandelt, und das wussten Sie auch bei der Einreichung des Antrags. Während sich die Minister und Abgeordneten von CSU und Freien Wählern gegenseitig Wilderei in ihren Ressorts, Untätigkeit im Wirtschaftsministerium und Inkompetenz im Kultusministerium vorwerfen, kümmert sich – außer der SPD – kein Schwein um unsere Schweinehalter.

(Beifall bei der SPD)

In der Zwischenzeit sinkt der Preis für Schweine kontinuierlich. Mittlerweile bekommt ein Landwirt für ein 120-Kilogramm-Schwein nach Abzug der Vermarktungskosten nur noch 110 Euro.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU und Freien Wählern, wenn Sie immer noch der Meinung sind – so wie letzte Woche –, dass unseren Schweinehaltern dringend geholfen werden muss, dann haben Sie heute die Gelegenheit. Lassen Sie unsere Landwirtinnen und Landwirte nicht im Stich, sondern stimmen Sie jetzt und heute unserem Antrag zu, um nicht noch mehr Zeit verstreichen zu lassen!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Müller. – Ich darf als Nächsten den Abgeordneten Alexander Flierl, CSU-Fraktion, aufrufen.

Alexander Flierl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest, dass die Kollegin Vorrednerin von der SPD hier das Hohelied gesungen hat, welche großartigen Leistungen die SPD vollbringen würde, welche Möglichkeiten sie hier sehen würde. Sie übersieht aber wesentliche Schwächen ihres eigenen Antrags, insbesondere dass es gut wäre, wenn sich gerade die SPD im Bayerischen Landtag und auch im Bundestag mehr auf die Seite unserer Landwirte stellen würde, gerade bei den Fragen, die auch im Bundesumweltministerium zu beurteilen sind. Das wäre, glaube ich, vernünftiger, als mit billiger Polemik die Situation unserer schweinehaltenden Betriebe zu charakterisieren.

(Beifall bei der CSU)

Aber Sie miss- und fehlinterpretieren – wie üblich – die Beratung im Ausschuss, und ich bin gern bereit, Ihr Missverständnis aufzuklären. Ich möchte aber vorausschicken, dass wir ohne jeglichen Zweifel festhalten können, dass unsere Schweinehalter vor vielfältigen Herausforderungen stehen und aus vielen Gründen auch gewaltig unter Druck stehen. Eigentlich sind sie schon vieles gewohnt. Sie sind schon seit Langem einem weitgehend freien Markt ausgesetzt; aber jetzt ist die Situation kritisch und sogar als existenzbedrohend zu bezeichnen.

Ich möchte nur kurz die Themen anreißen: Ferkelkastration, Kastenstand, Tierwohl, aber insbesondere natürlich auch die ganz aktuellen Herausforderungen in der Corona-Krise durch die Schließung der Gastronomie und die Auswirkungen der Pandemie auf die Arbeitsprozesse in der Fleischbe- und -verarbeitung. Darüber hinaus kommt es auch noch zum Ausbruch der ASP in Deutschland – zwar bei Wildschweinen, aber dennoch –, in Brandenburg und Sachsen. Wir haben bislang über 250 Fälle zu verzeichnen.

Deswegen haben wir nicht nur Verständnis für diese schwerwiegenden Anliegen unserer schweinehaltenden Betriebe; wir teilen insbesondere auch die Sorge um diesen Betriebszweig und um die Menschen, die Familien, die dahinter stehen. Aber wir sind ganz klar auch der Ansicht, dass ein umfassenderer Ansatz notwendig ist, dass der Antrag der SPD in weiten Teilen zu kurz gesprungen ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vonseiten der SPD haben wir in dieser Frage auf keinen Fall Aufforderungen nötig. Ich komme gleich noch zu den einzelnen Punkten.

Wie kein anderes Bundesland ist Bayern bezüglich der Tierseuchenbekämpfung und der Tierseuchenprävention vorbereitet. Hier sind alle Schritte schon seit Jahren – darauf möchte ich hinweisen – gegangen worden. Umfangreiche Maßnahmen sind getroffen worden, Präventivmaßnahmen, zum Beispiel bei der Regulation der Schwarzwildbestände dadurch, dass wir hier Prämien, Möglichkeiten geschaffen haben – schon im dritten Jagdjahr, möchte ich ganz klar betonen. Wir gewähren eine Aufwandsentschädigung, um zu einer verstärkten Bejagung zu animieren und diese sicherzustellen. – Also, da haben wir Ihre Nachhilfe ganz sicher nicht nötig; den entsprechenden Antrag haben wir, wie gesagt, schon vor Jahren eingebracht und haben ihn auch umgesetzt.

Es ist auch in diesem Jagdjahr umgesetzt worden, dass diese Prämie auch für männliche Stücke Schwarzwild gewährt wird. In den grenznahen Bereichen, also in den benachbarten Gebieten zu Sachsen, Thüringen, aber insbesondere auch der Tschechischen Republik, ist diese auf 100 Euro pro erlegtem Stück erhöht worden. Dort sind die Autobahnzäune ausgebessert worden, ergänzt worden, um eine gewisse Barrierefunktion erfüllen zu können.

Was natürlich auch ganz entscheidend ist: Man ist in ständiger Abstimmung, in ständiger Absprache mit allen Behörden, auf Bundesebene und in den anderen Bundesländern, aber eben auch grenzüberschreitend, zum Beispiel auch nach Tschechien hinein; dort wurden schon entsprechende Erfahrungen gesammelt.

Darüber hinaus wurde für den Zeitraum ab diesem 1. Dezember bis zum Ende des Jagdjahres am 31. März in den anderen Bereichen, die eben nicht an Tschechien, an Sachsen oder Thüringen angrenzen, bereits die Aufwandsentschädigung von 20 auf 70 Euro erhöht. Also, auch hier ist der vorliegende Antrag nicht mehr notwendig, weil der Ministerrat bereits entsprechende Lösungen vorgesehen hat.

Wir müssen dort ansetzen, wo wir wirklich dringend tätig werden müssen. Das werden wir mit unserem Antrag tun. Das fordern wir auch, und wir wissen, dass alle Ministerien der Staatsregierung, vor allem das Sozialministerium, insbesondere auch das Landwirtschaftsministerium genau den Blick auf die Lösungen legen, dass wir den Schlachtstau reduzieren und abbauen können, um weiter preisstabilisierend wirken zu können.

Aber wenn man wesentliche und auch notwendige – das möchte ich unterstreichen – finanzielle Hilfen und Unterstützungen für unsere schweinehaltenden Betriebe fordert, dann muss man wissen, dass das ganz klar in die Zuständigkeit der EU und auch des Bundes fällt. Auch hier werden wir tätig; hier drängen wir auf Lösungen. Insbesondere unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber tut dies bereits von Anfang an, seit dem Tag, an dem zum ersten Mal die ASP in Deutschland aufgetreten ist. Bereits am Tag nach dem Auftreten der ASP hat sich unsere Ministerin an die Bundeslandwirtschaftsministerin gewandt und Marktentlastungsmaßnahmen gefordert, private Lagerhaltung. Das muss natürlich die EU-Kommission genehmigen; der Bund muss hier tätig werden und entsprechende Anträge stellen

Des Weiteren haben wir ganz klar die Forderungen – und das ist für uns selbstverständlich – unserer Ministerin nach einem Stallbau-Beschleunigungsgesetz unterstützt und danach, dass auch auf Bundes- und auf europäischer Ebene verstärkte Anstrengungen bei der Entwicklung eines Impfstoffes unternommen werden.

Ganz klar und eindeutig ist es auch richtig, wenn gefordert wird, dass die Corona-Nothilfen, die Novemberhilfen – Überbrückungshilfen gibt es schon entsprechend – auch

für unsere schweinehaltenden Betriebe zum Einsatz kommen können. Hier laufen die Abstimmungen auf Bundesebene; hier, glaube ich, müssen wir auch weiterhin noch ansetzen, und das tun wir.

Ebenso – das ist genauso klar und eindeutig – wird auch um Regionalisierungsabkommen mit Drittstaaten, zum Beispiel mit den asiatischen Staaten, gerungen. Auch hier hat sich unser Landwirtschaftsministerium und insbesondere unsere Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber umgehend nach Auftreten der Tierseuche über den Bund an die EU gewandt, damit eben auch diese Abkommen geschlossen werden können.

Das sind also alles Forderungen, die schon lange erfüllt sind; da braucht man Ihren Antrag ganz klar nicht. Ich möchte auch noch unterstreichen: Selbstverständlich ist auch für uns zentral und bedeutend, dass gerade die Investitionsförderprogramme für die schweinehaltenden Betriebe gestärkt und weiter ausgebaut werden. Wir tun dies von bayerischer Seite.

Zusammenfassend, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir handeln in den Bereichen, in denen wir zuständig sind, drängen auf Lösungen auf Bundes- und auf europäischer Ebene. Unser Ansatz ist breiter, umfassender und zielgerichteter; Ihr Antrag geht hier ins Leere, ist überholt und daher nicht notwendig, und deswegen werden wir ihn auch weiterhin ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Arnold, bitte.

Horst Arnold (SPD): Herr Kollege Flierl, jetzt ist der Antrag auch noch zu kurz gesprungen. Vorher war es zu früh. Das sind alles so Präpositionen, die müssen wir erst einmal kurz aufklären.

Unser Antrag stammt vom 23. September 2020, in dem all das gefordert wird, was in dem Zusammenhang angeblich schon bearbeitet wird.

Was Ihr Verständnis für die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern, der Schweinehalter insgesamt, betrifft, so zitiere ich den Protokollauszug vom 7. Oktober 2020: "Der Preisrückgang beim Schweinefleisch sei mit derzeit rund 0,20 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht noch nicht dramatisch". – Ich stelle fest, dass dann tatsächlich knapp ein, zwei Monate später fast genau der gleiche Antrag gestellt wird. Hat sich denn tatsächlich in dieser Zeit die Gewinnmarge bzw. der Preis bei den Schweineerzeugern so geändert, dass Sie jetzt rechtzeitig sind? Oder ist es nicht vielmehr so, dass, wie in Ihrem eigenen Antrag erwähnt, die Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten am 27. November 2020 konkrete Vorschläge unterbreitet hat, sie also exakt dann, nachdem Sie unseren Antrag abgelehnt haben und Sie noch nichts eingebracht hatten in diesen Landtag, in irgendeiner Art und Weise die Kenntnis dieses Problems parlamentarisch kundtut?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön.

Alexander Flierl (CSU): Herr Kollege Arnold, wir können da gerne mal den Fakten-Check durchführen. Am 10. September ist ein verendet aufgefundenes Wildschwein positiv auf ASP getestet worden. Deutschland war damals nicht mehr ASP-frei. Ihr Antrag datiert vom 23. September. Damals waren die Zahlen so, wie ich sie im Ausschuss entsprechend zitiert habe. Damals waren wir in einem Bereich, der schon kritisch, schwierig war, aber eben noch nicht existenzbedrohend. Jetzt hat sich die Lage durch vielfältige andere Faktoren, die ich dargestellt habe, entsprechend verschlechtert.

Jetzt aber so zu tun, als wären Sie die Retter der schweinehaltenden Betriebe – da würde ich Sie dann schon einmal bitten: Schauen Sie bitte auch mal Ihre Anträge an, auch und gerade, wenn es um Förderprogramme geht, wenn es darum geht, zum Beispiel auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe zu unterstützen, sie auch im baulichen Bereich zu unterstützen. Da setzen Ihre Anträge nämlich völlig anders an; da stehen Sie nicht an der Seite der Landwirtschaft.

Ich sage Ihnen klipp und klar: Ihr Antrag und unser Antrag, der im Landwirtschaftsausschuss noch beraten werden wird, sind definitiv nicht inhaltsgleich.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ihre Redezeit ist zu Ende. Vielen Dank. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Der nächste Redner ist Herr Paul Knoblach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, wertete Frau Ministerin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zu später Stunde sitzen wir noch hier und hören einander zu – mehr oder weniger; Ermüdungserscheinungen stellen sich, glaube ich, schon ein, nicht alleine bei mir; das glaube ich nicht. Aber ich denke, das Thema ist es wert, aufmerksam zu sein.

Wir waren bei der Genauigkeit. Mein Vorredner hat das sehr ernst genommen. Das finde ich gut. Man beginnt immer mit statistischen Grundlagen. Das Friedrich-Loeffler-Institut, ein Bundesinstitut, ansässig auf der Insel Riems, vor der Ostseeküste gelegen, zu Mecklenburg-Vorpommern gehörend nach meinem Wissen, hat am 10. September verkündet: Ja, Deutschland ist leider seit heute nicht mehr frei von der Afrikanischen Schweinepest.

Die Folgen – wir merken sie – sind fatal. Vor diesem Tag war es schon durch Corona und anderes nicht leicht für Schweinemast. Aber dann hat es richtig eingeschlagen. China hat sehr schnell einen Importstopp für deutsches Schweinefleisch verhängt. Vietnam ist dem am gleichen oder am nächsten Tag gefolgt. Ein Milliardenvolk kündigt seine Fleischgeschäfte mit Deutschland auf, dem größten Schweinefleischproduzenten Europas.

Damit gingen und gehen ab diesem Zeitpunkt bis heute 0,0 Kilogramm Schweinefleisch aus Bayern in diese Länder. Gleichzeitig baut China riesengroße Schweine-

mastanlagen, industriell natürlich, in allen Landesteilen dieses großen Landes auf und intensiviert seine seit Jahren laufende Forschung zu einem Gegenmittel gegen diese Tierseuche. Aus Expertenkreisen ist zu hören, hier stünde China vor dem Durchbruch. Das heißt, die Fachwelt rechnet tatsächlich damit, dass in naher Zukunft China eines der ersten Länder sein wird, das über einen Impfstoff gegen diese Tierseuche verfügt.

Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis China seine Abhängigkeit auch von bayerischem Schweinefleisch hinter sich lässt. Das wird sich mindestens in gleichem Maße oder noch schlimmer und dann auf Dauer auf bayerische Schweinehaltungen auswirken.

Sie alle wissen, wir GRÜNEN stehen für eine andere Art von Tierhaltung, wir stehen für eine andere Landwirtschaft. Aber jetzt und hier in diesem konkreten Fall, beim Antrag auf Entlastung von Schweinehalterinnen und Schweinehaltern in enormen Nöten und auch für die Tiere, stehen wir an der Seite der SPD und unterstützen ihren Antrag, auch wenn er aus unserer Sicht gewisse Mängel hat, die ich gerade zu schildern versuche.

Also, wir bleiben bei der SPD und stimmen da mit. Keineswegs aber stimmen wir der abwegigen, auch bayerischen, Agrarpolitik zu, dem eigentlichen Auslöser dieser Nöte. Denn wenn bayerische Schweineställe geplant – das passiert weiterhin –, genehmigt und gebaut werden, um hier in Bayern mit großen Mengen Import-Soja Schweinefleisch für Asien zu produzieren läuft etwas falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu muss man vielleicht noch wissen, was so interessant an dem China-Geschäft ist. Es gibt mehrere Faktoren. Das ist der tolle Preis für das Schweinefleisch, wenn es läuft bei dem China-Geschäft. Er ist den Bauern zu gönnen. Das ist nicht die Frage.

Was noch dazukommt, ist die Befreiung von der EEG-Umlage obendrauf, was alles nur den großen Schlachtbetrieben, den größten Schlachtbetrieben zur Verfügung

steht. Die kleinen und mittelständischen Betriebe, auch wenn es 8.000 Schweine die Woche sind, können es nicht generieren. Das sind alles Fehlsteuerungen, die zwar nicht alle in Bayern zu verantworten sind, aber so ist es.

Wir sehen, dass diese enorme Exportabhängigkeit nicht trägt. Wir sehen es aktuell und nicht zum ersten Mal. Diese Politik ist aus unserer Sicht erneut gescheitert, und sie muss geändert werden. Was uns trägt – auch das sehen wir in den Krisen wie Corona und anderen –, sind nicht die industriellen Strukturen in diesem Bereich; es sind die regionalen, die ökologischen, die eher kleineren und mittelständischen Betriebe sowohl im Schlacht- als auch im Haltungsbereich, die dafür sorgen, dass es läuft, die hier Gott sei Dank nicht klagen müssen: Bitte helft uns, wir kommen nicht mehr durch. – Es ist schlimm, dass es so ist. Ich habe erklärt, ich verstehe diese Bauern.

Aber diese Politik ist daran schuld, dass es so läuft. Ich bin sicher, es gibt von der CSU zur CDU, zu Frau Julia Klöckner, der Bundeslandwirtschaftsministerin, eine enge Verbindung. Es soll endlich dafür gesorgt werden, mit Ihrer Unterstützung, liebe CSU, liebe Staatsregierung, dass diese Politik der enormen, sich immer weiter steigenden Exportorientierung endlich beendet wird, und zwar ab morgen und nicht ab nächstem Jahr oder in zehn Jahren mit Wehklagen, sondern ab morgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf: Ab heute!)

– Heute ist keiner mehr im Büro. Da wird es nicht mehr funktionieren.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sind Sie am Ende Ihrer Rede? – Vielen Dank. Jetzt habe ich eine Zwischenbemerkung, bitte.

Martin Schöffel (CSU): Lieber Herr Kollege Knoblach! Sie machen hier die Exportabhängigkeit der bayerischen Schweinemäster zum Thema. Ich will Ihnen mal sagen – das wissen Sie hoffentlich –, dass die Marktversorgung mit Schweinefleisch in Bayern weit unter 100 % liegt. Sie wissen vielleicht auch, dass die Hälfte der Schlachtstätten

Deutschlands in Bayern liegt. Es sind kleine Metzgereien, die eine hohe Qualität produzieren, die jedoch nicht nach China liefern.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch ein Wort zu den absurden Ausführungen der SPD sagen. Wenn es um die Frage geht, ob Novemberhilfen für die Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden, warten wir auf die Genehmigung des Bundesministers Scholz, SPD. Wenn es um die Arbeitsbedingungen in den Schlachthöfen geht, haben wir zu tun mit den Regelungen des Bundesarbeitsministers Heil, SPD.

(Zuruf)

Wenn es um das Immissionsschutzrecht beim Anbau an Schweineställe im Rahmen der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung geht, dann geht es um das Bundesumweltministerium der Bundesministerin Schulze, SPD. Es ist absurd, dass die SPD hier im Bayerischen Landtag mit einem Antrag, der sich eigentlich an die Bundesebene richten müsste, wenn es um Hilfen geht, diejenigen, die sich für die Schweinehaltung und für die Landwirtschaft in Bayern engagieren, in dieser Art und Weise diskreditiert.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bitte.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Schöffel, ich habe nie an Ihrem hohen fachlichen Wissen gezweifelt. Das tue ich auch heute nicht. Aber Sie sollten schon bedenken: Ich war in einigen großen und in kleinen Schlachthöfen in Bayern unterwegs und habe mir die Kühlhäuser zeigen lassen. Es hat mich wirklich sehr interessiert, wo die Schweineviertel für den China-Abtransport lagern. Das ist nichts Böses; ich will das nicht verurteilen. Ich will nur sagen: Wenn eine Politik das in dieser Weise verursacht und damit diese Abhängigkeit erzeugt, dann ist es eine falsche Politik, weil sie genau zu dem führt, was wir heute besprechen. Darum fordere ich Sie auf, das zu ändern und sich einzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Knoblach. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Leopold Herz von der Fraktion der FREI-EN WÄHLER.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die verehrte Kollegin Ruth Müller hat insofern recht: Das Problem hat sich verschärft. Ich bin froh, dass wir dieses Problem in der ersten Ausschusssitzung im neuen Jahr im Februar diskutieren können. Das ist leider etwas spät, aber wegen der Pause bis zum Februar nächsten Jahres ist es anders nicht möglich. Ich habe die Kritik vernommen. Der Antrag ist vom September. Ich möchte hier auf die wichtigen Punkte eingehen, warum wir in der Regierungskoalition zu der Ablehnung gekommen sind.

Zunächst einmal ist es richtig, in Brandenburg war der erste Fall in dieser Zeit. Man konnte natürlich ahnen, dass es nicht bei diesem einen Fall bleiben würde. Daraufhin einen Bericht zu fordern, ist natürlich sehr optimistisch. Dazu gibt es keine Datengrundlage. Ich glaube, jeder hat Verständnis dafür, dass man dann über einen längeren Zeitraum berichten sollte. Das gilt auch für die weiteren Punkte, die angeführt werden. Hier geht es um Unterstützungen. In dem Zusammenhang danke ich der bayerischen Landwirtschaftsministerin, die sich an Bundeslandwirtschaftsministerin Klöckner gewandt und um Hilfen gebeten hat. Ich glaube, das ist aktuell sicher einzusehen.

Ich möchte ein paar Zahlen bringen. Bei Antragstellung hatten wir noch einen Durchschnittspreis pro Kilogramm Schlachtgewicht von 1,27 Euro. Dieser ist damals schon in einem Maße gesunken, das sicher nicht erträglich war. Vorher hatten wir ein Preisniveau, das Richtung zwei Euro ging. Deshalb muss man diesen Betrag in Relation dazu sehen. Letzte Woche hatten wir einen Durchschnittspreis von 1,19 Euro pro Kilogramm Schlachtgewicht gehabt. Diese Preise werden den Mästern und auch den Ferkelerzeugern, zwischen denen ein Zusammenspiel besteht, keinesfalls gerecht. Die Stimmung hat sich inzwischen so weit nach unten bewegt, dass wir eingreifen müssen.

Liebe Kollegen von der SPD, im September war diese Entwicklung noch nicht in dem Maße abzusehen. Die Grundlagen für Berichte und die weiteren Punkte, die in dem Antrag aufgeführt sind, waren ebenfalls noch nicht in dem Maße abzusehen.

Ich möchte noch auf weitere Entwicklungen eingehen, die im Zuge dieser Preisentwicklung eingetreten sind. Ich möchte in dem Zusammenhang auch dem Minister Hubert Aiwanger danken, der den Schlachthof Vilshofen besucht hat. In dem Zusammenhang möchte ich die Kritik des Kollegen Martin Schöffel unterstreichen. Am Schlachthof Vilshofen werden in einer Woche normalerweise 20.000 Schweine geschlachtet. Jeder, der sich in der Branche auskennt, weiß, dass sich die Tiere dort allmählich stapeln. Das meine ich im wahrsten Sinne des Wortes. Zwei Drittel aller Schweineschlachtungen in Bayern sind in den Schlachthöfen Vilshofen und Landshut. Wenn wir dann mehr als 100.000 – manche sprechen schon von einer halben Million – Schweine im Angebot haben und dafür keinen Absatz finden, dann wird es dramatisch. Deshalb muss ich die Kritik teilen.

Wenn dann die Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeitnehmer kurzfristig erweitert werden sollen, muss man dafür Verständnis haben. Wenn das in dem Maße, wie es Hubert Aiwanger gefordert hat, nicht möglich ist, halte ich das für sehr bürokratisch. Damit wird man der Krise nicht gerecht.

Zum Dritten möchte ich noch anfügen – ich glaube, es ist in dem Zusammenhang auch wichtig, darüber zu berichten –: Umweltminister Thorsten Glauber hat drei wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um die Schweinepest zu bekämpfen. Zum Ersten haben wir rund 500 Kilometer Zäune, um die Gefahr aus den östlichen Ländern abzuwehren. Jeder Praktiker weiß, dass es nicht in allen Fällen gelingen kann, aber der Versuch muss unternommen werden. Als Zweites hat er empfohlen, dass die Betriebe die Tiere auf Schweinepest testen lassen. Als Drittes ist die Diskussion über einen Impfstoff gegen Schweinepest durch ihn aktiv in Gang gekommen. Insofern glaube ich, dass ein großes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht worden ist. Ich sehe, meine Redezeit ist zu Ende. Herzlichen Dank.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte bleiben Sie noch da, wir haben eine Zwischenbemerkung von Frau Ruth Müller.

Ruth Müller (SPD): Lieber Kollege Leo Herz, Sie haben gesagt, Sie hätten die Kritik vernommen und die Lage habe sich dramatisch verschärft. Es ist gut, dass Sie einen Antrag eingereicht haben, der dann gleich im Februar behandelt wird.

Jetzt meine Frage: Warum habt ihr nicht diese Woche einen Dringlichkeitsantrag eingereicht? Den hätten wir morgen Früh behandeln können, wenn es dringlich gewesen wäre. Anscheinend war es euch jetzt doch nicht ganz so wichtig.

Das andere Thema, die Schlachthöfe, haben Sie auch noch angesprochen. Ich möchte daran erinnern, dass die FREIEN WÄHLER erst im Sommer eine Pressekonferenz abgehalten und dabei dezentrale Schlachthöfe gefordert haben. Wir, die SPD, haben einige dieser Vorschläge aufgenommen, weil wir sie für gut befanden. Wir haben daraus einen Antrag gemacht. Wer hat ihn im Landwirtschaftsausschuss abgelehnt? – Die FREIEN WÄHLER. Ich zitiere Leo Herz, der damals dort oben saß. Er hat gesagt, Pressekonferenzen seien etwas anderes als Regierungshandeln. Ich frage mich wirklich, wo der gute Wille der FREIEN WÄHLER geblieben ist, als sie in diese Koalition eingetreten sind mit den Worten, man werde auch gute Ideen der Opposition aufgreifen und ihnen zustimmen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Kommen Sie bitte zum Ende.

Ruth Müller (SPD): Das wäre jetzt die Gelegenheit, eure Haut zu retten und einmal zu zeigen, wo der gute Wille geblieben ist.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin, zwei Fragen, dazu zwei klare Antworten. Zunächst die erste Antwort: Wir haben einen Dringlichkeitsantrag gestellt, der aber leider jetzt nicht zur Sprache kommen konnte. Ich habe mich beim Landtagsamt erkundigt. Weil das Programm für die Sitzung heute stand, ging das nicht mehr.

Auf die zweite Frage kann ich antworten, dass wir das versucht haben. Das ist richtig. Wir sind aber in einer Regierungskoalition, und da haben wir entschieden, dass wir diese Maßnahme gemeinsam durchziehen. Wir haben gemerkt, dass aufgrund der Corona-Krise in Zukunft nicht mehr alles so finanzierbar sein wird, wie es zu wünschen wäre.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Ralf Stadler von der AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident! Bevor ich zum Antrag der SPD komme, eine kurze Bemerkung. Das, was gestern Abend in der Plenarsitzung gelaufen ist, hat mit einer konstruktiven Zusammenarbeit nichts zu tun. Wenn Abgeordnete nach 20 Uhr nicht mehr dazu fähig sind, eine anständige Debatte zu führen, und die Redebeiträge kürzer sind als die Zeit für den Weg zum Rednerpult, sollten die Sitzungszeiten oder die Bezüge der Abgeordneten dementsprechend angepasst werden.

Zum SPD-Antrag: Den haben Sie wohl nur gestellt, damit Sie überhaupt einmal ein Lebenszeichen von sich geben. Aufwachen, ihr roten Schlafmützen! Bereits am 19. November wurde vom Umweltministerium eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Jäger pro Wildschwein auf 70 Euro beschlossen. Anstatt einmal mit aktuellen Anträgen zu punkten, treibt die unbedarfte SPD wieder einmal eine tote Sau durchs Dorf. Wann kapiert die SPD endlich, dass die Landwirte keine Almosen, sondern lediglich funktionierende Abläufe, zum Beispiel in Schlachthöfen, und vor allem faire Preise für ihre Produkte wollen? Wollen oder können Sie das nicht verstehen? Sie fordern ein Hilfsprogramm für die Bauern. Fordern Sie lieber einmal ein Hilfsprogramm für die SPD, sonst sind Sie bald weg vom Fenster.

(Beifall bei der AfD)

Der Antrag der SPD ist genauso überholt wie die Partei selbst. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, vielen Dank.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das war eine sehr kurze Rede, das gibt einen Abzug!)

Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella von der FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Gegensatz zur klassischen Schweinepest gibt es für die Afrikanische Schweinepest bisher keinen Impfstoff. Gut ist, dass die ASP nicht auf den Menschen übertragbar ist, und auch vom Fleischverzehr geht keine gesundheitliche Gefahr aus. Schlecht ist: Ein Seuchenausbruch in einem Ballungszentrum der Schweinehaltung hätte verheerende Folgen für die Schweinehaltung in Bayern, für die Verarbeitung und für die landwirtschaftlichen Betriebe. Das käme alles zu den Herausforderungen und Problemen hinzu, vor denen die Landwirte eh schon stehen.

Trotz der noch großen Entfernung zu Bayern kann die ASP jederzeit nach Bayern eingeschleppt werden. Die Schwarzwildichte ist ein bedeutender Faktor bei der Bekämpfung. Das haben wir schon mehrmals besprochen. Auch Umweltminister Glauber hat darauf hingewiesen. Ich darf ihn kurz zitieren: "Je geringer die Wildschweindichte, desto geringer ist die Gefahr der Ausbreitung und Einschleppung der Afrikanischen Schweinepest".

Aus diesem Grund hat auch Bayern die schon besprochenen Maßnahmen beschlossen: Erhöhung der Abschussprämie usw. Ein Punkt, der noch fehlte, waren die rund 13 Millionen Euro im nächsten Haushalt für die Tiergesundheit, zur Bekämpfung von Tierseuchen, zum Aufbau einer Hundestaffel sowie zur Anschaffung modernster Droh-

nen und von Wärmebildtechnik zur zielgerichteten Fallwildsuche. Das begrüßen wir als FDP-Fraktion ausdrücklich.

Über die Auswirkungen auf den Schweinemarkt konnten wir leider nicht diskutieren. Lieber Dr. Herz, lieber Leo, bei aller Sympathie, aber dem Landtagsamt zuzuschreiben, nicht darüber diskutieren zu dürfen, ist schon auch etwas schwierig, um das einmal nett zu formulieren. Dafür kann das Landtagsamt wahrlich nichts, denn es liegt an euch Koalitionsfraktionen, ob die Anträge behandelt werden oder nicht und in welcher Reihenfolge.

Mit dem Ausbruch der Schweinepest hat Deutschland den ASP-freien Status verloren, was derzeit zu einem Wegbrechen wichtiger Exportmärkte führt. Hinzu kommen die Corona-bedingten Schließungen einiger Schlachtbetriebe, die die Situation weiter verschärfen. Deutschland befindet sich – auch das haben wir bereits gehört – in einem Schweinestall, nein, Schweinestau.

(Beifall – Heiterkeit)

Ich glaube, dieses Wort wird noch öfters verwendet werden. Deutschland befindet sich selbstverständlich in einem Schweinestau. 20.000 Schweine pro Woche können nicht geschlachtet werden, weil Mitarbeiter positiv auf das Coronavirus getestet wurden und der Betrieb eingestellt wurde. Wir begrüßen deswegen ausdrücklich die Initiativen aus dem Wirtschaftsministerium, durch eine Allgemeinverfügung die individuellen Arbeitszeiten auszuweiten. So können zumindest die schlachtreifen Tiere aus den Betrieben geholt werden.

Das löst dann das Tierschutzproblem, gleichwohl aber nicht das Absatzproblem. Wir möchten deswegen noch einmal darauf drängen, dass das Wirtschaftsministerium versucht, neue Absatzwege zu erschließen, und mit Drittländern wie Serbien und Montenegro verhandelt.

Wir haben die Problematik – auch das wurde heute schon angesprochen –, dass sich hier das Umwelt-, das Landwirtschafts- und das Wirtschaftsministerium um ein Thema kümmern. Unserer Meinung nach müsste das Thema aber federführend im Landwirtschaftsministerium angesiedelt sein.

Auch die Frau Staatsministerin Kaniber sieht das so; das habe ich spätestens seit dem Artikel im "Merkur" vernommen. Bitte überzeugen Sie daher auch Ihren "Staatssekretär", den Herrn Wirtschaftsminister, dass er das auch so sieht. Wir unterstützen die Forderung der SPD, weil für uns der Anspruch feststeht, dass wir solche Themen federführend im Landwirtschaftsausschuss begleiten und besprechen möchten.

Ein Punkt noch zum Kollegen Stadler: Wie lange und wie intensiv wir uns mit Themen beschäftigen, liegt auch an der Qualität der Themen. Diese ist bei Ihnen aber oftmals nicht gegeben, und deshalb kann man das kurz halten.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Skutella. Sie sind damit am Ende Ihrer Rede. Ich überlege gerade, ob Ihre beiden Versprecher "heute-show-würdig" sind; ich weiß nur noch nicht, welchen ich vorschlagen soll. Vielen Dank.

Als letzte Rednerin haben wir jetzt Frau Staatsministerin Michaela Kaniber. Bitte.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn die gesamte Situation rund um die Schweinebauern in Bayern nicht so traurig wäre, könnte man den einen oder anderen humorvollen Moment durchaus finden.

Ich bin in der Tat zutiefst erschüttert, und ich gebe allen recht, die es heute angesprochen haben: Es geht um eine regelrechte Dramaturgie, wenn es um die Themen geht, die über unsere Schweinebauern hereingebrochen sind. Die langwierige Diskussion um den Kastenstand und um die Kastration der Schweine, der Ausbruch von ASP und

dann auch noch Corona – als würde all das nicht reichen, kommen nun diese Markterwerfungen dazu.

Vorweg möchte ich aber ein paar Dinge aufklären, weil sie mir wahnsinnig wichtig sind. Lieber Herr Knoblach, wenn wir darüber diskutieren, dass Asien für uns ein Markt ist, der erschlossen, gut und stark ist, möchte ich durchaus noch einmal darauf hinweisen, dass die Exportzahlen eine klare Sprache sprechen. Wir haben in Bayern, wenn es um das Schweinefleisch geht, einen Selbstversorgungsgrad von 96 %. Bei den Teilen der Produktion aus Bayern, die tatsächlich eventuell den asiatischen Raum erreichen, reden wir von circa 1 %.

99 % des Schweinefleisches bleibt in Bayern bzw. im europäischen Binnenmarkt. Das muss man einfach einmal glauben. Ich weiß, dass Sie mit Exporten relativ empfindlich sind. Sie sagen auch immer, wir würden andere Märkte, zum Beispiel den afrikanischen Markt bedienen und damit dafür sorgen, dass die Bauern in der Dritten Welt nicht überleben können. Hören Sie bitte mit diesen Ammenmärchen auf, weil das einfach nicht wahr ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin froh und dankbar, und natürlich ist es richtig, dass Anträge gestellt werden. Auch in Richtung der SPD: Ich wäre jedoch wahrlich eine verdammt schlechte Landwirtschaftsministerin, hätte ich auf diesen Antrag gewartet. Liebe Kollegin Müller, unmittelbar am Tag nach dem Ausbruch von ASP habe ich bei Julia Klöckner genau die Dinge in einer Telefonschaltel gefordert.

(Zuruf)

– Das können wir dann diskutieren; alles gut. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie können mich auch jederzeit persönlich anrufen, um zu erfahren, was ich unternommen habe.

(Zuruf)

Mir ist ganz wichtig, dass wir jetzt versuchen, den Markt zu entlasten. Dazu gehören aber noch ganz andere Dinge. Es geht nicht nur darum, die Regionalisierung möglich zu machen, den Export nach Asien wieder freizugeben, sondern es geht auch darum, den Markt in den Drittländern zu öffnen; Serbien und Mazedonien wurden schon angesprochen.

Ich verwehre mich dagegen, falsche Zahlen zu kolportieren. Lieber Leopold Herz, auch als Kollegin in dieser Regierungskoalition: Sie werfen eine Zahl von 500.000 Schweinen in den Raum. Wir reden hier über Bayern. Aktuell sind wir bei einer Zahl von circa 60.000 bis 80.000 Schweinen. Dennoch möchte ich darauf hinwirken, dass wir in unseren Schlachthöfen in Bayern immer versuchen, freie Kapazitäten sofort zu nutzen.

Wenn wir über eine Arbeitszeitflexibilisierung reden; Dafür ist nicht das Wirtschaftsministerium, sondern das Sozial- und Arbeitsministerium zuständig. Wir sind sofort dabei, mit Einzelverfügungen, mit Einzelausnahmegenehmigungen zu arbeiten. Eine Allgemeinverfügung würde hingegen bedeuten, dass alle Schlachthöfe in Bayern ihre Arbeitszeiten sofort verlängern können, und das braucht es, ehrlich gesagt, Gott sei Dank noch nicht.

Wir arbeiten deswegen über den kurzen Weg über die Gewerbeaufsichtsämter und versuchen, schnellstmöglich zu entlasten, weil uns das wichtig ist. Ich bitte aber unbedingt darum, den Arbeitsschutz bei dieser schweren körperlichen Arbeit in diesen kalten Kühlräumen nicht zu unterschätzen und auch da den Arbeitsschutz tatsächlich zu gewähren.

Es wurde bereits viel gesagt, aber ich möchte dennoch ein paar Worte sagen. Mir ist ganz wichtig, noch einmal aufzuzeigen, dass es drei Wege gibt. Es gibt die kurzfristige sofortige Hilfe, mit der wir starten können. Außerdem gibt es noch den mittel- und den langfristigen Weg.

Zu den kurzfristigen Möglichkeiten zählt unbedingt die Einzelverfügung, die Einzelausnahmegenehmigung. Das läuft.

Außerdem stehen wir mit dem Lebensmitteleinzelhandel in Kontakt, um für eine rasche Entlastung des Marktes zu sorgen. Das heißt, wir brauchen Werbekampagnen und den Abfluss über die regionalen Lebensmitteleinzelhändler, damit regionales Schweinefleisch schnellstmöglich auf den Markt kommt.

Wir sind stolz auf die "Geprüfte Qualität – Bayern", denn das ist genau das Schweinefleisch, das momentan Absatz findet. Im Übrigen ist der Grund dafür, dass die deutschen Durchschnittspreise – die Leitnotierung des deutschen Schweinefleischpreises – immer 10 Cent unter dem bayerischen Schweinefleischpreis liegen, dass wir mit "Geprüfte Qualität" besser arbeiten.

Ich sagte bereits etwas zur derzeitigen Situation. Wenn es um Drittländer wie Serbien und Mazedonien geht, gibt es gar keine Frage. Das sind die kurzfristigen Möglichkeiten, um Exportzertifikate auszustellen. Ich danke hier auch ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit; mein Kollege Thorsten Glauber ist zwar heute nicht anwesend, aber ich denke, er wird es erfahren.

Es war ganz entscheidend, dass wir sofort mit dem Bundeswirtschaftsminister in Kontakt getreten sind, und zwar auch über unsere Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner. Es ist zweifelsfrei so, dass wir unmittelbar Hilfe brauchen, und zwar für diejenigen, die tatsächlich als Letzte in der Wertschöpfungskette stehen. Das sind unsere Ferkelerzeuger. Wir sind mit maximaler Kraft dahinter, dass gerade die Unterstützung erhalten, die jetzt das schwächste Glied darstellen. Deswegen bitten wir um Corona-Hilfen, das, sie in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen werden.

Die mittelfristigen Ansätze: Unmittelbar nach Ausbruch der ASP in Deutschland habe ich versucht, Marktentlastungsmaßnahmen zu erreichen. Ich bin der festen Überzeugung, dass auch Julia Klöckner alles daransetzen wird. Sie hat mir gerade vorhin wieder geschrieben. Derzeit gibt es einen großen Fragenkatalog aus dem asiatischen

Raum, auch von der Volksrepublik China. Dieser Katalog wurde jetzt beantwortet. Man schätzt das vielleicht falsch ein; so etwas dauert seine Zeit. Ich weiß, eigentlich haben wir keine Zeit mehr, um abzuwarten. Wir versuchen aber trotzdem, Druck zu machen und im Gespräch zu bleiben mit dem chinesischen Landwirtschaftsministerium und mit den dortigen Zollämtern. Wir versuchen, Drittländer wie China, Japan und Südkorea als unsere Abnehmer zu bewahren. Wir brauchen sie nicht für das bayerische Schweinefleisch, sondern hier geht es um den Druck, der aus den norddeutschen Bundesländern entsteht. Die haben einen extremen Markt, und genau diese Marktschwankungen verspüren wir dann automatisch auch in Bayern. Das haben Sie nicht erwähnt, deshalb ist mir das, was Sie hier machen, alles ein bisschen zu mager.

Ganz ehrlich: Sie reden heute über die Förderung von privater Lagerhaltung. Genau da müssen wir rein. Wir brauchen jetzt die Möglichkeit, Spanferkel zu schlachten und Brüssel muss die private Lagerhaltung ermöglichen. Wir müssen auch hier Entlastung schaffen, damit diese kleinen Schweindl, also die Ferkel, wieder zu den Mästern nachrücken können.

Es wurde schon angesprochen: Es geht auch um die Modernisierung der Zuchtsauanställe. Wir können eine Abbremsung bei der Erzeugung neuer Ferkel damit verbinden. Ich habe unserer Bundesministerin vorgeschlagen, dass diejenigen einen Förderzuschlag bekommen, die während der Umbauphase ihre Produktion spürbar zurückfahren. Das gehört einfach dazu. Vielleicht haben wir sogar Produzenten dabei, die die Ferkelerzeugung vorübergehend einstellen. Auch das wird momentan förderrechtlich geprüft.

Die ASP ist hinlänglich genannt worden. Es muss aber auch möglich sein, dass wir über den Bund und Europa einen Impfstoff gegen die ASP finden. Ich möchte auch ausdrücklich sagen, dass dabei jeder an seiner Stelle seinen Beitrag leisten muss. Ich bitte deshalb die bayerischen Ferkelerzeuger, die Mäster und die Schweinebauern inständig, hier die Statusuntersuchungen zu machen. Wir müssen auf die Biosicherheit achten. Wenn es nämlich tatsächlich zum Schwur kommt, ist entscheidend, dass die

einzelnen Betriebe ihre Statusuntersuchungen gemacht haben. Dann können wir nachweisen, dass sie im Hausschweinebestand ASP-frei sind. Das ist eine ganz, ganz wichtige Angelegenheit. Ich bitte deshalb, dass das jeder an seiner Stelle macht. Es fällt mir schwer, das immer wieder zu erklären.

Es gäbe noch so vieles zu sagen, aber am Schluss habe ich noch eine große Bitte. Ich habe schon gesagt, der Selbstversorgungsgrad beträgt 96 %. Wir müssen jetzt alle Kräfte bündeln, auf allen Ebenen. Das sind viele kleine Mosaiksteine. Ob EU, ob Bund, ob Land, wir brauchen auch die Solidarität des Lebensmitteleinzelhandels. Wir sind im Gespräch mit den einzelnen Ketten. Wir dürfen nicht ablehnen, wenn 50 Millionen von einer Schwarz-Gruppe kommen. Wir sind dankbar, wenn man sich bei REWE und Co. Gedanken über bessere Preise macht. Wir sind auch mit der Borchert-Kommission dabei, anständige Preise für das Schweinefleisch, aber auch für andere Produkte zu ermöglichen. Mir ist dabei ganz wichtig, dass wir jetzt zusammenhalten. Wir müssen jetzt schauen, dass wir eine Möglichkeit schaffen, durch diese Krise hindurchzukommen. In Gottes Namen, der Abfluss wird auch irgendwann wieder passieren, beispielsweise dann, wenn die Gastronomie wieder geöffnet hat. Das ist mein großer Wunsch, denn das wäre natürlich die beste Entlastung für den momentanen Markt. Ich wünsche mir und hoffe, dass wir es mit diesen vielen kleinen Maßnahmen, die im Gesamten vielleicht besser wirken, möglich machen, dass viele Schweinebauern diese Krise überstehen. Ich möchte nicht in die Situation kommen, in Bayern vorwiegend dänisches oder anderes Schweinefleisch vorzufinden.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Bitte bleiben Sie noch da, wir haben zwei Zwischenbemerkungen. – Herr Arnold, bitte.

Horst Arnold (SPD): Frau Staatsministerin, dann ist es aber eigentlich doch so, dass wir mit unserem Antrag nicht zu früh dran waren. Es hat sich vielmehr nahezu zeitlich

überschnitten. Die Inhalte drehen sich um die Sorge wegen der Situation. Letztendlich sind diese später von Ihnen auch so vollzogen worden, insbesondere was die Abschussprämie anbelangt.

Herr Kollege Schöffel hat am 07.10.2020 in der Ausschusssitzung klargestellt:

"Zu früh" beziehe sich nicht auf die ASP, die Probleme der Schweinehalter oder die erforderlichen Maßnahmen. Die Situation sei [...] aufgrund der Rahmenbedingungen und des Preisverfalls bereits jetzt schon schwierig.

Jetzt kommt es:

Jedoch seien die Handlungsmöglichkeiten der Bayerischen Staatsregierung beim Bund derzeit umfangreich ausgeschöpft.

Das war am 7. Oktober 2020. Im Antrag der CSU vom 01.12.2020 steht: "Das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat am 27.11.2020" – also insgesamt einen Monat und 20 Tage nach unserem Antrag – "dem Bund konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Schweinehalter in der aktuellen Situation konkret unterstützt werden können". – Das ist die Begründung des Dringlichkeitsantrages vom 01.12.2020, der leider Gottes erst im Februar besprochen werden kann. Können Sie mir sagen, weshalb hier diese Diskrepanz gegeben ist? Sie sagen, Sie waren gleich dran, während Ihre Fraktion in diesem Zusammenhang sagt, Sie hätten –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Horst Arnold (SPD): – erst am 27.11.2020 konkrete Vorschläge unterbreitet.

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Lieber Herr Arnold, Sie haben gerade die Ausschusssitzung vom 07.10.2020 angesprochen. Da waren wir auch schon absolut unterwegs. Ich habe das angesprochen: Bereits am 11.09.2020, einen Tag nachdem ASP ausgebrochen war, habe ich mich schon mit

einem Schreiben unmittelbar an die Frau Bundesministerin gewandt. Das war das eine. Das Nächste war Ende September. Wir haben schon am 25. September 2020 in der Agrarministerkonferenz all diese Marktstruktur- und Regionalisierungsprogramme beraten und beschlossen.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächste Zwischenbemerkung: Herr Knoblach. Bitte.

Paul Knoblach (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich habe keinen Zweifel daran, dass Sie nur das Beste für die Bauern und die Landwirtschaft in Bayern wollen. Das habe ich Ihnen schon einmal gesagt, und dazu stehe ich auch heute. Ich bin aber ebenso überzeugt, dass Sie noch immer den falschen Zielbildern hinterherlaufen, und deshalb läuft das alles schief.

Ich war selbst in Kühllagern. Da gab es große Regale, die waren hoch, breit und gut gefüllt mit Schweinevierteln, explizit für den Chinaabsatz verpackt. Das hat man mir mit Stolz erklärt, und das ist auch nicht verwerflich. Wie kann es sein, dass man mir im Schlachthof erklärt – ich habe das nicht erfunden –: Das alles geht nach China, und es ist ein interessantes Geschäft für uns? – Das will ich auch gar nicht negativ bewerten, darum geht es nicht. Aber es geschieht. Sie haben erklärt, der Export von bayerischem Schweinefleisch nach China ist nahezu nicht vorhanden. Warum ist es Ihnen dann aber so wichtig, mit diesen Ländern in Verhandlungen einzutreten, damit sie dieses Schweinefleisch, das diese Länder bisher nicht von uns bekommen, wie Sie sagen, künftig doch bekommen? Wie ist das jetzt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Michaela Kaniber (Ernährung, Landwirtschaft und Forsten): Das sage ich Ihnen gerne. Zunächst einmal: Sie sagen, ich sei dem falschen Leitbild ver-

fallen. Ich bin der festen Überzeugung: Wenn jemand diese Krise übersteht, dann sind es genau die kleinen Strukturen, die unsere Bauern in Bayern haben.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen glaube ich auch, dass wir das mit geballter Kraft gemeinsam irgendwie überstehen.

Zum Export: Ich hoffe, Sie haben sich genau angeschaut, um welche Teile es sich handelt. In der Regel geht es nämlich nicht um Edelteile, sondern um Teile, die den deutschen Markt, den bayerischen Markt, nicht mehr interessieren. Es geht um Ohren, um Haxerl, um Schweineschnauzen. Das ist in diesen Ländern eine Delikatesse, deshalb werden diese Teile dort durchaus verkauft. Wenn man den Blick auf Deutschland richtet, müsste man eigentlich mit dem Finger auf die Länder zeigen, in denen es diese Großbetriebe und die Agrarindustrie gibt. Das ist bei uns nicht der Fall. Beim Gesamtabsatz für den Export ist es aber schon wichtig, dass Deutschland, nicht Bayern, den Abfluss in diese Länder bekommt.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur namentlichen Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion zustimmen möchte, der muss mit Ja stimmen; wer dagegen ist, muss mit Nein abstimmen. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 21:00 bis 21:03 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit ist vorbei. Die Abstimmung ist geschlossen. Das Abstimmungsergebnis werde ich später bekannt geben.

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Afrikanische Schweinepest in Deutschland – Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine", Drucksache 18/9894, bekannt. Mit Ja haben 33 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 64 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen: null. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.12.2020 zu Tagesordnungspunkt 34: Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Florian von Brunn SPD; Afrikanische Schweinepest in Deutschland - Hilfsprogramm für bayerische Erzeugerinnen und Erzeuger entwickeln und bayernweite Erhöhung der Aufwandsentschädigung für Wildschweine (Drucksache 18/9894)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adje Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Aures Inge			
Bachhuber Martin			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus			
Becher Johannes			
Becker Barbara			
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz			
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus	X		
Busch Michael			
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias			
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans			
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Ganserer Tessa			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max			
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva			
Graupner Richard			
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			
Henkel Uli			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Högl Petra			
Hofmann Michael			
Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut	X		
Dr. Mehring Fabian			
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin			
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias			
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone			
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas			
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	33	64	0